Tischvorlage

Anträge und Resolutionen an die Delegiertenversammlung

25. Juni 2011 in Olten

Definitive Traktandenliste der Delegiertenversammlung vom Samstag, 25. Juni 2011, Stadttheater Olten, Beginn 10.45 Uhr – ca. 15.45 Uhr

10.45 1. Eröffnungsgeschäfte

Grussbotschaft von Peter Gomm, Regierungsrat Solothurn Grussbotschaft von Bea Heim, Nationalrätin Starrkirch-Wil Wahl der StimmenzählerInnen und der Mandatsprüfungskommission Genehmigung der Traktandenliste Genehmigung des Protokolls der DV vom 29. Mai 2010 in Frauenfeld

11.15 2. Mitteilungen

11.20 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Nationalrat FR

11.45 4. "Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV"

4.1 "Die Schere öffnet sich immer weiter"

Referat zur Vermögensverteilung von Hans Kissling, Ökonom Zürich

4.2 Unterstützung zur Lancierung der Initiative "Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV"

Referat von Ursula Wyss, Präsidentin der SP Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrätin Bern

4.3 Verabschiedung Positionspapier "Gerechtere Verteilung der Vermögen"

13.00 5. Kulturelles Intermezzo mit Renato Kaiser

13.15 6. Statutarische Geschäfte: Reglement SP Frauen Schweiz

Genehmigung neues Reglement der SP Frauen Schweiz Diskussion zu A-2 (Rückweisung)und R-2 Resolution SP Frauen und R-3 GL-Resolution

13.45 7. Gerecht und günstig: Initiative für eine öffentliche Krankenkasse

7.1 Die Probleme im Gesundheitssystem

Kurzreferate von

Heidi Hanselmann, Regierungsrätin St. Gallen, Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes und

Stéphane Rossini, Vizepräsident SP Schweiz, Nationalrat Wallis

7.2 Resolution für eine öffentliche Krankenkasse

14.15 8. Menschen aus aller Welt: Stärkung der politischen und organisatorischen Zusammenarbeit

- 8.1 Kurzinputs von MigrantInnen und Second@s
- 8.2 Verabschiedung Resolution

14.45 9. Vom SAH zu Solidar Suisse

Kurzreferat von Christian Engeli, Kommunikationschef Solidar Suisse,

15.00 10. Statutarische Geschäfte

Verabschiedung Rechnung 2010 Wahl der Revisionsstelle

15.15 11. Weitere Resolutionen

15.30 12. Schluss / Apéro

Traktandum 4.1

Ein Land mit Volksvermögen für alle statt Milliarden für wenige

(Papier der GL zur ungerechten Vermögens- und Einkommenssituation in der Schweiz) (abgedruckt in der Einladungsbroschüre Seiten 8 – 10)

A-1 SP Frauen Schweiz

Ergänzung der Massnahmen (Seite 10) mit folgendem Zusatzpunkt:

6. Lohngleichheit für alle: Für eine gerechte Einkommenssituation in der Schweiz braucht es die Umsetzung des Grundsatzes "Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit". Die Lohnungleichheit und der Geschlechterdiskriminierende Anteil haben sogar seit der letzten Lohnstrukturerhebung 2008 wieder zugenommen. Er beträgt im privaten Sektor 24,1 Prozent, wobei 9,4 Prozent direkt aufgrund des Geschlechts diskriminierend sind. Die Diskriminierung ist je nach Region unterschiedlich, jedoch im Osten am grössten und im Westen am kleinsten. Im öffentlichen Sektor hat sich die Situation leicht verbessert. Der Lohnunterschied beträgt auch im öffentlichen Sektor16,5 Prozent.. Das Prinzip muss endlich verbindlich und transparent umgesetzt werden, die Zeit der Freiwilligkeit ist endgültig vorbei. Deshalb soll eine Behörde mit Untersuchungs- und Durchsetzungskompetenz geschaffen werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Traktandum 7: Statutarische Geschäfte

Reglement der sozialdemokratischen Frauen der Schweiz

(abgedruckt in DV-Einladung Seiten 33 - 36)

A-2 Rückweisungsantrag

Wir, eine Gruppe junger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, erkennen uns heute im Jahr 2011 in einer Gleichstellungspolitik, wie sie aus dem Reglement der SP Frauen Schweiz hervorgeht, nicht wieder. Deshalb beantragen wir der DV der SP Schweiz vom 25. Juni 2011, das Reglement der SP Frauen Schweiz zurückzuweisen, um den Weg für eine neue Gleichstellungspolitik der SP zu ebnen.

Wir können dem Reglement in seiner heutigen Form aus folgenden drei Gründen nicht zustimmen:

- 1. Die SP Schweiz delegiert die Gleichstellungspolitik an die SP Frauen und stiehlt sich aus der Verantwortung. Gleichstellung wird so zum ausschliesslichen Frauenproblem erklärt und damit zu einem Randthema für die Partei. Das ist falsch, denn Gleichstellung gehört ins Herz der sozialdemokratischen Politik.
- 2. Männern ist der Zutritt zu den SP Frauen und somit zum Gremium, das die Gleichstellungspolitik der SP Schweiz gestaltet, verwehrt. Gleichstellung betrifft aber sowohl Frauen als auch Männer. Die Gleichstellungspolitik der SP Schweiz geht uns alle etwas an.
- 3. Gleichstellungspolitik ist nicht dasselbe wie parteiinterne Frauenförderung. Die SP Schweiz muss beide Themen gesondert angehen.

Die Gründung der SP Frauen zu Beginn des letzten Jahrhunderts war notwendig: Damals politisierten die Frauen in der SP als krasse Minderheit und mussten sich in der männerdominierten Partei ihre Anerkennung hart erkämpfen. Unsere Wertschätzung für diesen Kampf und die historischen Errungenschaften des Feminismus und der Frauenbewegung des letzten Jahrhunderts ist riesig. Wir haben das Privileg, heute in einer Gesellschaft zu leben, die darauf aufbauen kann. Und wir fordern nun, dass in der grössten linken Partei der Schweiz die Gleichstellungspolitik nicht mehr ausschliesslich von Frauen betrieben werden soll.

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik darf sich auch nicht nur auf rechtliche Regelungen, Abkommen und Strukturen in Wirtschaft und Politik beschränken: Wir wollen die Gesellschaft ändern und nicht nur die Gesetze. Wir wollen nicht die Geschlechtergegensätze zementieren, sondern wir wollen uns gemeinsam engagieren und Verantwortung übernehmen für eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Unsere Politik muss die Voraussetzungen schaffen, damit die Menschen selbstbestimmt über ihre Identität und ihren Platz in der Gesellschaft entscheiden können.

Uns interessiert nicht die Frage, ob nun Männer oder Frauen stärker diskriminiert werden; nicht die Frage, ob Frauen bessere Managerinnen sind als Männer; und auch nicht, ob ein Kind besser bei Mutter oder Vater aufgehoben ist. Das sind Scheindiskussionen, die nirgends hinführen und vom eigentlichen Problem ablenken. Bei der Gleichstellung geht es nicht um einen Konflikt zwischen Mann und Frau, sondern um einen Kampf zwischen denen, die von der Unfreiheit und Ungleichheit profitieren und uns, die sich für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen einsetzen.

Unser Ziel ist es, gemeinsam einen Prozess anzustossen, der Antworten auf offene Fragen findet und eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik für das 21. Jahrhundert formuliert. Des-

halb beantragen wir, das Reglement der SP Frauen zurückzuweisen und gleichzeitig ein geeignetes Gefäss zu schaffen, damit diese neue Gleichstellungspolitik unter Einbezug aller Interessierten jeglichen Alters und Geschlechts diskutiert und aufgegleist wird.

Dafür stehen ein: Andrea Arezina, Andrea Bauer, Linda Bär, Marco Kistler, Christina Klausener, Mattea Meyer, Jon Pult, Carol Ribi, Severin Toberer, Tanja Walliser, Emanuel Wyler.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten GL-Resolution.

Konrad Kuhn, Co-Präsident SP Zürich 6, ZH

Céline Widmer, SP Zürich 4/5, ZH

Alan David Sangines, SP Zürich 9, ZH

Heidi Egger, SP Zürich 11, ZH

Michel Urben, SP Zürich 11, ZH

Annina Grob, VD

Andreas Burger, SP Zürich 6, ZH

MarcoDenoth, SP Zürich 6, ZH

Matthias Renggli, SP Zürich 6, ZH

Mechthild Malash, SP Zürich, ZH

Catherine Heuberger, Kantonsrätin Zürich, ZH

Nora Langmoen, SP Baden, AG

Maria Andrea Utzinger, BE

Miriam Dürr, BE

Christine Seidler, Gemeinderätin Stadt Zürich,

Claudia Bühler, SG

Miriam Minder, BE

Patrick, Angele ZH

Paco Krummenacher, OW

Simon Roth, LU

Jan Cervenka, SP Baden, AG

Markus Leimbacher, AG

Christoph Schmid, Präsident SP Aarau, AG

Seraina Fürer, SH

Monika Simmler, SG

Christian Denzeler, AG

Jürg, Keller AG

Jonas,Zürcher BE

Patrick Neuenschwander, Einwohnerrat Wettingen,

Beatrice Meyer, Einwohnerrätin Baden und

Fraktionspräsidentin, AG

Martha Schegg, Präsidentin SP Glarus Süd, GL

Andri Koch, Geschäftsleitung SP AG, AG

Thomas Kistler, Präsident SP Kt. Glarus, GL

Pawel Silberring, SP Zürich 2, ZH

Jennifer Robl, SG

Tim Rüdiger, SG

Angelo Zehr, SG

Nicolas Stettler, SG

Lukas Jansing, SG

Heinz Brunner, SG

Florian Vock, Präsident SP Gebenstorf, AG

Daniel Gähwiler, Vizepräsident SP Luzern, LU

Amr Abdelaziz,, SP-Gemeinderat Opfikon, ZH

Benedikt Knobel, TG

Claudio Marti, SP BS,

Lukas Horrer, GR

Christoph Baumann, SP Winterthur, ZH

Ruben Ott, AG

Silvia Modalek, Vizepräsidentin SP Graubünden, Gl

Simone Jakob Federspiel, GL SP Graubünden, GR

Tamara Gianera, Sekretärin SP Graubünden, GR

Sandra Locher Benguerel, Vizefraktionspräs. SP GF

Stefan Ograbek, GL SP Graubünden, GR

Kristina Schüpbach, TG

Yves Fankhauser, SO

Katia Weibel, Gemeindeparl. Glarus Nord, GL

Christoph Zwicky, Gemeindeparl. Glarus Nord, GL

Nora Scheel, Gemeinderätin Chur, GR

Salome Bay, Grossratsstellvertreterin, GR

Laura Bucher, GR

Flavia Diggelmann, Parteivorstand SP, GR

Hanna Bay, Vorstand SP Prättigau, GR

Yvonne Michel, Grossratsstellvertreterin, GR

Philipp Ryf, ZH

Stefan Krattiger, BE

Flavia Wasserfallen, Co-Präsidentin SP Stadt BE,

Thomas Göttin, Co-Präsident SP Stadt, BE

Nicola von Greyerz, Stadträtin, BE

Gisela Vollmer, Stadträtin, BE

Marco Geissbühler, ZH

Annette Lehmann, Fraktionspräsidentin SP Stadt Bl

Michelle Stirnimann, BE

Lorenz Keller, Präsident SP Bern Nord, BE

Carla Pecca, AG

Simone Brander, Gemeinderätin Stadt Zürich, ZH

Seite 7

R-2 SP Frauen Schweiz

Die Gleichstellung stärken – für alle!

Die SP Schweiz bezeichnet sich selbst als Gleichstellungspartei und trägt der Bedeutung der Gleichstellung in ihren Statuten Rechnung, indem sie sich nach Artikel 1.3 der Statuten "parteiintern wie auch in ihrer öffentlichen Arbeit für die Gleichstel-lung von Frau und Mann ein(setzt) und systematisch den Blickwinkel und die Be-dürfnisse beider Geschlechter in ihre Politikfelder sowie in ihre Entscheidungen einbezieht. Dafür stellt sie die geeigneten Mittel und Ressourcen zur Verfügung."

Der Weg von den Statuten zur Realität ist ähnlich weit, wie derjenige des Verfassungsgrundsatzes zur umgesetzten Lohngleichheit. Es fehlt nicht an Worten, aber an Verbindlichkeit. Wenn wir uns für eine soziale und gerechte Gesellschaft für alle einsetzen, muss die Gleichstellung der Geschlechter im Zentrum stehen. Sie muss mit Herzblut diskutiert und umgesetzt werden können und nicht zur leeren Hülle verkommen, weil dies der politischen Korrektheit entspricht.

Die SP Frauen Schweiz unterstützen die Bestrebungen, die Gleichstellungspolitik wieder ins Zentrum der Partei zu rücken und sprechen sich für die dafür nötigen Ressourcen aus. Sie sind jedoch nicht bereit, die eigenen Ressourcen für die Gleichstellungspolitik der Partei zur Verfügung zu stellen. Die SP Frauen vertreten nämlich einen feministischen Ansatz, der die Diskriminierung an Frauen auf der strukturellen Ebene bekämpft, wie das auch das Frauenrechtsabkommen CEDAW tut. Das ist ein Teil einer Gleichstellungspolitik, die auch aus anderen Teilen bestehen muss, wenn sie einem umfassenden Ansatz, wie ihn die Statuten im Artikel 1.3. aufnehmen, entsprechen soll.

Deshalb beantragen die SP Frauen Schweiz die Verdoppelung des Budgets für die Gleichstellungspolitik, damit Gefässe geschaffen werden können, die für alle zugänglich sind und damit diese auch nach neusten wissenschaftlichen Studien begleitet werden können.

Denn Gleichstellung geht uns alle an! Sowohl in der Überzeugung, wie auch in den Mitteln und Ressourcen!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten GL-Resolution

R-3 Resolution der Geschäftsleitung

"Gleichstellung geht uns alle an - Strategie für eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik "

Die SP Schweiz ist die Gleichstellungspartei schlechthin. Ohne den unermüdlichen Einsatz sozialdemokratischer Frauen und Männer wäre die Schweiz gesellschaftlich, sozial, kulturell, wissenschaftlich und wirtschaftlich rückständig.

Nach dem gemeinsamen Kampf ums Frauenstimmrecht bildeten sich verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung heraus. Unterschiedliche Ziele wurden auf unterschiedlichen Wegen verfolgt. In der Sozialdemokratie setzte sich die Frauenbewegung mit einem kämpferischen Stil und klaren Forderungen nach Teilhabe an der Macht durch und war damit erfolgreich. Sowohl was die Spitzenpositionen der Partei betrifft als auch bei der Vertretung in den Fraktionen und der Präsenz der Frauen in allen relevanten Politikfeldern zeigt der hartnäckige Kampf für die tatsächliche Gleichstellung Erfolge.

Weniger erfreulich ist die Bilanz der Gleichstellungspolitik ausserhalb der Partei. Zahlenmässig sind die Frauen in Machtpositionen immer noch deutlich untervertreten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, resp. Ausbildung ist für Eltern nach wie vor sehr schwierig. Die fehlende Lohngleichheit ist ein Betrug an den Frauen und gleichzeitig ein Hindernis zur gerechten Aufgabenteilung zwischen Frau und Mann. Dabei ist unübersehbar, dass die Gleichstellungspolitik mit der Sozialen Frage einhergeht. Soziale Not, Gewalt, mangelnde Ausbildung, fehlender Zugang zu Einkommen und fehlende Selbstbestimmung haben sehr oft ein weibliches Gesicht.

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik muss die Voraussetzungen schaffen, damit die Frauen und Männer selbstbestimmt über ihre Identität und ihren Platz in der Gesellschaft entscheiden können. Dafür wollen wir uns gemeinsam engagieren und Verantwortung übernehmen für eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Linke Gleichstellungspolitik ist feministische Gleichstellungspolitik. Als eine der wichtigsten Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen der Menschheitsgeschichte fordert der Feminismus, dass Frauen und Männer frei und gleichberechtigt über ihre Lebensführung und Lebensgestaltung entscheiden können.

Damit ist klar: Wer die Forderung nach Selbstbestimmung ernst nimmt, muss auch bereit sein, die Wege und Methoden, mit der diese Selbstbestimmung eingefordert wird, immer wieder neu zu überdenken.

Antrag der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt den Entscheid über die Revision des Reglements der SP Frauen auszusetzen. Es wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Parteipräsidiums eingesetzt, die sowohl Inhalte, als auch Fragen der Strukturen und Methoden für eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik erarbeiten. Die Resultate sollen an einer Tagung diskutiert und zuhanden der Partei verabschiedet werden. Spätestens Mitte Juni 2012 wird die Partei über die neue Strategie entscheiden.

Traktandum 10: Weitere Resolutionen

R-4 Resolution der Geschäftsleitung

Menschen aus aller Welt in der Schweiz, SchweizerInnen in aller Welt: Für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen progressiven Parteien und Organisationen aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten

Immer mehr Schweizer und Schweizerinnen üben ihr Stimm- und Wahlrecht gleichzeitig in einem anderen Staat aus, unabhängig davon, ob sie in der Schweiz oder im Ausland wohnen. Denn immer mehr Menschen sind Bürger und Bürgerinnen von zwei oder mehr Staaten. Von 695'000 Auslandschweizerlnnen haben 502'000 eine zweite Staatsbürgerschaft. Auch viele, die sich in der Schweiz neu einbürgern lassen, nutzen die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft. Von 1970 bis 2010 bürgerte die Schweiz über 862'000 Personen ein; gegen die Hälfte dürfte ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft beibehalten haben – wie viele genau, ist nicht bekannt. Insgesamt haben in der Schweiz 30 Prozent aller Menschen über 15 Jahren einen Migrationshintergrund, das sind rund 1.9 Millionen. Umgekehrt nehmen 136'000 im Ausland wohnhafte Personen ihr Stimm- und Wahlrecht auch in der Schweiz wahr. Das sind gleich viele wie in einem mittelgrossen Kanton: 13 Kantone haben weniger Stimmberechtigte als die "fünfte Schweiz".

Die politische und organisatorische Arbeit der SP Schweiz muss dieser gesellschaftlichen Entwicklung hin zu politischen und kulturellen Mehrfachidentitäten im globalisierten 21. Jahrhundert Rechnung tragen. Die Delegiertenversammlung ruft deshalb alle Sektionen, Kantonalparteien und die Organe der SP Schweiz auf, namentlich folgende Massnahmen zu ergreifen:

- Die Mehrfachmitgliedschaft in der SP Schweiz und in Mitgliedsparteien der SP Europa (SPE) und der Sozialistischen Internationale wird gezielt gefördert, namentlich durch den gegenseitig Austausch von Adressen und die Durchführung gemeinsamer Kampagnen zur Mitgliederwerbung.
- 2. Die SP stärkt auf allen Ebenen die **Zusammenarbeit** mit Kulturvereinen von MigrantInnen und mit Schwesterparteien, die in der Schweiz mit eigenen Sektionen aktiv sind. Sie greift deren innen- und aussenpolitische Forderungen nach Möglichkeit auf und stellt auf organisatorischer Ebene Foren zur Verfügung, um Themen des gemeinsamen Interesses zu erarbeiten und politisch durchzusetzen in Form gemeinsamer Veranstaltungen, wechselseitiger Hinweise auf wichtige Forderungen und Ereignisse und die gegenseitig Unterstützung von politischen Kampagnen von gemeinsamem Interesse.
- 3. Die SP fördert die politische Integration von Personen mit Migrationshintergrund, stellt ihnen in politischen Leitungsgremien, auf Wahllisten und bei öffentlichen Auftritten attraktive Positionen zur Verfügung und bietet bei Abstimmungen und Wahlen in möglichst zahlreichen Sprachen konkrete Hilfestellungen an. Niedergelassene AusländerInnen sollen auf allen Ebenen ihre politischen Rechte wahrnehmen können.
- 4. Die SP will ihre Kontakte auch mit jenen verstärken, die sich vorübergehend oder dauerhaft im Ausland aufhalten. Sie bietet den **AuslandschweizerInnen** bei Wahlen attraktive Listen an und stärkt die internationale Sektion, in welcher im Ausland lebende SozialdemokratInnen organisiert sind. AuslandschweizerInnen sollen ihre politischen Rechte erleichtert wahrnehmen können, namentlich durch die flächendeckende Einführung des E-Voting und das Recht, auch an Ständeratswahlen teilzunehmen. Die politische Repräsentanz der AuslandschweizerInnen in der Schweiz soll verstärkt werden, namentlich durch eine eigene Vertretung im Ständerat. Zudem soll der Bund die politischen Parteien darin unterstützen, sich direkt an die fünfte Schweiz zu wenden. Die politische Kommunikation mit der fünften Schweiz (Schweizer Revue, Swissinfo etc.) muss erhalten und ausgebaut werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Risoluzione della Direzione

Donne e uomini da tutto il mondo in Svizzera, svizzere e svizzeri in tutto il mondo: per una migliore collaborazione fra partiti progressisti e organizzazioni di tutti gli Stati d'origine

Un numero crescente di cittadine e cittadini svizzeri esercita il proprio diritto di voto e di eleggibilità anche in un altro Stato, a prescindere che sia residente in Svizzera o all'estero. Sono infatti in aumento le persone al beneficio di una o più cittadinanze. Sui 695'000 cittadini svizzeri residenti all'estero, 502'000 hanno una seconda cittadinanza. Anche molte persone che ottengono la naturalizzazione in Svizzera si avvalgono della possibilità della doppia cittadinanza. Tra il 1970 e il 2010 la Confederazione ha naturalizzato oltre 862'000 persone; la metà circa ha potuto mantenere la cittadinanza d'origine – quanti, esattamente, non è noto. Complessivamente, in Svizzera il 30% della popolazione oltre i 15 anni proviene da una famiglia con una storia di migrazione – pari a 1,9 milioni di persone. Inversamente, sono 136'000 le persone residenti all'estero che esercitano il diritto di voto e di eleggibilità anche in Svizzera. Sarebbe come dire un cantone di medie dimensioni; 13 cantoni contano un numero di aventi diritto di voto inferiore alla «quinta Svizzera».

In un XXI secolo globalizzato, l'attività politica e organizzativa del PS Svizzero deve tenere conto di questa evoluzione delle società verso identità politiche e culturali multiple. L'Assemblea dei delegati esorta pertanto tutte le sezioni, i partiti cantonali e gli organi del PS Svizzero ad adottare le seguenti misure:

- 1. Le **adesioni cumulative** nel PS Svizzero e in partiti membri del PS Europeo (PSE) e dell'Internazionale socialista vengono favorite in modo mirato, segnatamente tramite lo scambio reciproco di indirizzi e la realizzazione di campagne di adesione comuni.
- 2. Il PS consolida a tutti i livelli la **collaborazione** con enti culturali di migranti e con partiti confratelli attivi in Svizzera con delle sezioni proprie. Laddove possibile ne difende le richieste di politica interna ed estera e a livello organizzativo mette a disposizione forum per l'elaborazione e l'affermazione politica di temi d'interesse comune sotto forma di eventi comuni, indicazioni reciproche su rivendicazioni e fatti importanti e il sostegno vicendevole di campagne politiche d'interesse comune.
- 3. Il PS promuove l'integrazione politica di persone con un passato di migrazione, mette a loro disposizione posizioni attrattive in forum direttivi politici, liste elettorali e apparizioni pubbliche, e in occasione di votazioni ed elezioni offre ausili concreti nel maggior numero possibile di lingue. Gli stranieri domiciliati devono poter esercitare i loro diritti politici a tutti i livelli.
- 4. Il PS intende consolidare i contatti anche con coloro che dimorano temporaneamente o permanentemente all'estero. In occasione di elezioni, agli svizzeri all'estero propone liste interessanti e rafforza la sezione internazionale in cui sono organizzati i socialdemocratici residenti all'estero. Le cittadine e i cittadini svizzeri all'estero devono essere facilitati nell'esercizio dei loro diritti politici, segnatamente attraverso l'introduzione capillare del voto elettronico e il diritto di partecipare anche alle elezioni del Consiglio degli Stati. La rappresentanza politica in Svizzera delle cittadine e dei cittadini svizzeri all'estero va rafforzata, segnatamente tramite una propria rappresentanza nel Consiglio degli Stati. Inoltre, la Confederazione deve sostenere i partiti politici che desiderano rivolgersi direttamente alla quinta Svizzera. La comunicazione politica con la quinta Svizzera (gazzetta svizzera, Swissinfo ecc.) va mantenuta ed ampliata.